

Trivia

Politlehm im Punktehaschen

Vegas

Sechs Demokraten behinderten Fans, zu sehen, wer gegen Donald J. Trump Ideen hat und überparteilich realisiert. In der Debatte von Demokraten am 19. Februar brach der Billionär Bloomberg in Vegas ein. Trübe Aussichten: Kapitalist Bloomberg gegen Sozialist Sanders, hat der Rest attraktive Mottos? Parallel gedieh Trumps Rally sehr optimistisch in Phoenix.

Rückblicke TWH Instagram

Senatsführer McConnel wandte sich letztmalig Impeachment zu. Am 13. Februar sagte er, dass der Senat Fälle für Generationen schaffe, die studiert werden. Neben seinem Schluss, die Rote Linie von Verfassungsvätern wie James Madison gegen den Verfahrensmissbrauch bewahrt zu haben, monierte er jene linke Aktion der Haus-Demokraten gegen den Präsidenten, die gleichwohl die Kerninstitutionen dieser Nation attackiert habe.



Laut Mitch McConnel sah es Sprecherin Pelosi darauf ab, ihr "Haus-Porzellan" und zudem Institutionen zu zerschlagen. Der erste Anklageartikel verfehlte, gemäß Kriminalstatut ein definiertes Hauptverbrechen oder Vergehen zu formulieren. Missstand in der Verwaltung lehnten Gestalter als einen Grund ab. Anklageartikel zwei wollte die routinierte Nutzung des Exekutivprivilegs kriminalisieren, was die Gewaltentrennung betroffen hätte. Wäre das realisiert worden, so hätte es die Präsidentschaft in der Verfassungsstruktur stark reduziert.

Nancy Pelosi wollte dem Senat Prozesse diktieren, hielt Artikel zurück. "Verräterisch" nannten Haus-Manager Senatoren. Ein Senator, so McConnel, bezweifelte die Legitimität des Obersten Richters. Sein Fazit: die Opposition warf Lehm an das Haus, die Präsidentschaft, den Senat und das Oberste Gericht. All dies nur für das kurze Partei-Punktehaschen. Rückhaltlos wurde die Wahl 2016 illegitim genannt wie eine Wiederwahl 2020. Die Sprecherin meinte, die Realität zu verleugnen wie das Endresultat im Senat. Dieser widerstand.

Am Vortag verwarf Senatsführer McConnel eine Resolution, des Präsidenten Macht der Kriegsführung im Kongress zu stutzen. Früher galt dies, um ein neues Vietnam zu vermeiden, als ein Präsident ohne Ja des Kongresses Tausende in lange Kämpfe sandte. Dies gelte nicht für kürzere Aktionen bis zu 60 Tagen Militäreinsatz. Sollten Abgeordnete Militär aus Syrien und Irak abziehen wollen, müssten sie 60 für ein Gesetz und 67 haben, um ein Präsidialveto zu entkräften. Jene Resolution kam 55:45 durch, trifft aber noch auf Trumps Veto.

Syrien, Libyen

Da die Schlacht um Idlib tobt, angeführt von Präsident Erdoğan gegen al-Asads und Putins Truppen, geraten dazwischen eine Mio. in Zelten oder auf der Flucht, in Idlibs Provinz 3,5 Mio. Ähnlich sieht es zur Libyen-Konferenz aus. Berliner Initiatoren legten sie so an, dass der UN die Hauptrolle zuwächst. Wer dies einfädelt, muss Verantwortung übernehmen und Druckmittel haben. Dies schräge Format UN5+AA5 sprengt sich. Khalifa Haftar greift den Tripolis-Hafen an. Waffenströme nach Libyen zu prüfen, ist kein Embargo. Im Mittelmeer wird die neue Sophia-Mission fraglich. Leitkoordination ist gesucht. Wird die Nato aktiv?

Die Nato sorgte 2011 dafür, dass erst die Lage entstanden ist und verflüchtigte sich dann. Als Kanzlerin hat Merkel nicht nur lange weggesehen, sondern bis 2015 Bitten um Militärhilfe in Mittelost abgelehnt, es Amerika zugeeignet. Dafür bot sie Flüchtlingsaufnahme an. Erinnert sei an der Kanzlerin (Selbst-)Kritik, von der sie einen Teil in Davos 2018 vortrug:

Auswahl – Angela Merkels (Selbst-)Kritik vor dem Bundestag zu Mittelost, Berlin 21. März 2018 Folgen des Arabischer Frühlings: Syriens Bürgerkrieg ab 2011, IS-Wüten in Irak und Syrien, Zerfall Libyens. Wir, EU-Nato, haben kaum reagiert, es betreffe uns nicht: falsch, naiv, neue Einheit Außen- und Innenpolitik. In Türkei drei Mio. Syrien-Flüchtlinge; untaugliches Dublin-System. Wir als Deutsche in der Mitte dachten unberührt zu bleiben, haben allzu lange weggesehen: zerfallendes Libyen; wie in Türkei, Libanon, Jordanien Schlepperbanden. Migranten 2014 200.000, 2015 890.000 [2017 186.644]; Menschen in Not aufgenommen.

Münchner Lichtblick

Einige beklagen, Amerika ziehe sich zurück: wo dies laufe, machen sich Revisionsmächte breit. Europa springt nicht ein, singt aber sein multilaterales Lied. In München betonte Außenminister Pompeo die Rolle des Westens, dessen Idee siege: Grenzen würden sicherer, die Nato sei beste Verteidigungsallianz mit \$400 Md.⁺ gegen russische Aggression, Irans Proxies und Chinas Übergriffe in Südostasien. Huawei sei ein Trojanisches Pferd (in die Kerbe schlug auch Nancy Pelosi; Trump lässt Botschafter Grenell sagen, wer für 5G nicht fähige Firmen hat, gefährde US-Informationsaustausch; regelt Boris Johnson das Problem? Grenell wird Direktor der 17 Geheimdienste); die Anti-IS-Achse mit 81 Mitgliedern löste das Kalifat auf. Der US CO₂-Anteil sank 2019 2.9%, so Pompeo nach der Globalstatistik.

Sudan

In Berlin empfing Angela Merkel Sudans Premier Abdallah Hamduk. Am 11. April 2019 trat der Islamist Umar al-Bashir ab. Hamduk, ein Ökonom, wurde am 21. August Premier. Sudan war Vorreiter des Islamismus, als es sich ein Dutzend Jahre der anglo-ägyptischen Vormacht entledigte und durch Jihad unter dem Mahdi Muhammad Ahmad ab 1881 seinen frühen Islamstaat etablierte. Dies lieferte Max von Oppenheim Ideen der Jihadrevolten für Kaiser und Kalif: mit Islamisten Kolonialreiche der Gegner Istanbuls/Berlins zu revolutionieren. Auch Winston S. Churchill errang Sudan bis 1898 zurück (Buch: The River War). Jener deutsch-osmanische Jihad riss Sudan in den Ersten Weltkrieg. Trotz Bonner Drucks ging es 1955 auf Ostberlin und den Arabischen Sozialismus zu. In der Globalära verfiel es dem Islamismus. Das endete nun. Eine Regionalwende zum Anti-Islamismus läuft ab 2014.

Politlehm in Medien, Bluttat in Hanau

Am 19. Februar erließ Berlin ein Gesetz über Rechtsextremismus und Hasskriminalität als Antwort auf den Anschlag gegen die Hallenser Jüdische Gemeinde vom 30. Oktober. Motive des Judenhasses wirken nun strafverschärfend. Zum Problem gerät aber vieles zur "Meinungspolizei im Web". Schmeißer von Politlehm trivialisieren die Worte "Nazis,

Gesetz zur Bekämpfung des
Rechtsextremismus und der Hasskriminalität

Heute im Kabinett

Kommunalpolitiker
sowie Personal
in Rettungsstellen
werden besser geschützt.

Beweggründe gelten
als strafschärfend.
linhalte melden.

Faschisten und Nazipartei". Der Verfassungsschutz fand 2019 Personen und Parteien nicht extremistisch, allein Verdachtssplitter, die als Nazis verteufelt werden. Wirren in Deutschland, wo Nazis wüteten. Missriet eine Initiative gegen Islamismus wegen jener Konfusion?

Die Bluttat von Hanau zeigte am 20. Februar mit neun Toten und fünf Verletzten Hassterror. Der 43-jährige deutsche Massenmörder Tobias R. richtete seine Waffe gegen Ausländer, äußerte sich abfällig über die Migranten aus Arabien und der Türkei. Hingegen betonte Kanzlerin Merkel das Recht und die Würde jeder Person: Regierung und Staat trennen Bürger nicht nach ihrer Herkunft oder Religion. – Jüngst terrorisieren Judenhasser, Islamisten, rechte und linke Extremisten Bürger stärker.

Wolfgang G. Schwanitz